

Pressemitteilung

2019/04 (vom 12.3.2019)

Benzstraße 10
14482 PotsdamTelefon: 0331 / 70 42 31 - 0
Telefax: 0331 / 70 42 31 - 20
presse-brandenburg@volkssolidaritaet.de

Volkssolidarität: Problem der unzureichenden medizinischen Betreuung auf dem Lande nicht gelöst

Die Volkssolidarität, Landesverband Brandenburg, begrüßt es, dass die Landesregierung sich dem Problem der sich weiter zuspitzenden Situation medizinischer Betreuung in ländlichen Räumen zuwendet, sagte der VS-Verbandsratschef Bernd Niederland. Vor dem Hintergrund, dass immer mehr Arztpraxen in den ländlichen Gebieten des Bundeslandes unbesetzt seien oder nicht mehr besetzt werden könnten, bestehe dringender Handlungsbedarf seitens der Politik. Junge Ärztinnen und Ärzte zeigten wenig Neigung, sich in diesen Regionen niederzulassen. Bisherige Lösungsansätze der Politik hätten „nicht zum notwendigen Erfolg geführt.“ Betroffen davon seien auch viele ältere Menschen, darunter auch nicht wenige Mitglieder der Volkssolidarität, die in den Dörfern und kleinen Städten zuhause seien. Niederland: "In zunehmendem Maße sind ältere Menschen bei Arztbesuchen auf helfende Familienmitglieder oder Hilfe aus der Nachbarschaft angewiesen, um immer weiter entfernt liegende Arztpraxen aufzusuchen. Die Aufnahmekapazität vieler Praxen hat bereits ihre Grenzen erreicht."

Um junge Mediziner*innen als Landärzte zu gewinnen, sind einerseits wirksamere Anreizsysteme, einschließlich einer funktionierenden Infrastruktur, anzubieten und andererseits die Strukturen der gesundheitlichen Versorgung zu verändern und zeitgemäß auszugestalten, fuhr der Verbandsratsvorsitzende fort. Medizinische Versorgungszentren – auch in kleineren Städten –, in denen angestellte Ärztinnen und Ärzte tätig sind, die vor dem Risiko einer freiberuflichen Arztstätigkeit zurückschrecken, stellen aus seiner Sicht eine Entwicklungsmöglichkeit dar. Von diesen Versorgungszentren aus sollten mobile Arztpraxen, mit moderner Ausstattung, agieren oder Sprechzeiten in Zweigstellen der Zentren angeboten werden. Diese Ansätze gebe es bereits, wobei die Landesärztekammer und Ärzteorganisationen endlich ihre Blockadehaltung gegenüber derartigen Strukturveränderungen aufgeben müssten. Der in einer Einzelpraxis niedergelassene Arzt sei nur noch bedingt ein Zukunftsmodell.

Niederland mahnte auch den Erhalt aller Krankenhausstandorte entsprechend dem Landeskrankenhausplan an. Bei Überwindung des sektoralen Denkens und Handelns (hier stationär, dort ambulant) auch im brandenburgischen Gesundheitswesen könnten weitere Reserven zur Verbesserung der Versorgungssituation erschlossen werden, bei denen Krankenhäuser verstärkt in die ambulante Versorgung auf dem Lande einbezogen werden.

Nachzudenken gelte es auch darüber, der Pflege, also den Pflegekräften, mehr ärztliche Kompetenzen zu übertragen, eine entsprechende Ausbildung vorausgesetzt. Das würde zu einer Entlastung der Ärztinnen und Ärzte führen.

Wenn mit der Medizinischen Hochschule in Brandenburg/Havel und Neuruppin weitere Ausbildungskapazitäten für Mediziner geschaffen werden, dann sei dies „ein erster Schritt“, fuhr Niederland fort. Bedauerlich daran sei nur, dass es sich dabei um eine Privathochschule handele, was ein weiterer Hinweis auf die Privatisierungsexzesse auch im Gesundheitssektor darstelle.

Ausländisches Fachpersonal könne im Einzelfall eine Lösung in der Frage fehlender Fachkräfte darstellen, eine Lösung des gesamten Problems dürfe man sich von ihnen allerdings nicht versprechen, schloss der Verbandsratsvorsitzende.

presse-volkssolidarität